

Protokoll der 7. öffentlichen Sitzung des Umweltbeirats (UB) vom 06.03.2020

Genehmigt: Umlauf / 15.03.2020 - revidierte Version vom 23.03.2020

<p><b>Sitzungsdaten</b></p>	<p><b>Ort:</b> Volkshochschule Fürstenfeldbruck, Niederbronnerweg 5 <b>Beginn:</b> 17:30 Uhr, Ende: 19:30 Uhr</p>
<p><b>Anwesend</b></p>	<p><b>Beiräte:</b> Frau Regina Arndt, Herr Markus Britzelmair, Herr Dr. Martin Höckenreiner, Herr Karl-Heinz Jansen, Herr Felix von Nolting, Herr Andreas Rauh, Herr Georg Tscharke;</p> <p><b>Gäste:</b> Herr Oberbürgermeister Erich Raff, Herr Valentin Zeh (Leitung Stadtgärtnerei), Frau Birgit Thron (Leitung Sachgebiet Straßenverkehrsbehörde) sowie Stadträte und interessierte Bürger</p>
<p><b>TOP 1</b> <b>"Grün in der Stadt"</b></p>	<p>Herr Tscharke begrüßt die Anwesenden und bittet Herrn Zeh um seinen Vortrag.</p> <p>Herr Zeh berichtet kurz über seinen beruflichen Werdegang. Seit August 2019 leitet er die Stadtgärtnerei. Die Stadtgärtnerei ist Dienstleister verschiedener Fachbereiche der Stadt. Sie kümmert sich u. a. um 570.000 m<sup>2</sup> Grünflächen und 6.500 Bäume, die erfasst sind. Außerdem unterstützt die Stadtgärtnerei städtische Aktionen und führt diese aus. Er berichtet über Aktionen und Themen wie Blühstreifen, Essbare Stadt und Brucker Land blüht auf. Anschließend gibt er einen Ausblick auf neue Themen. So muss der Baumbestand aufgrund des Klimawandels teilweise auf standortangepasste Bäume geändert werden, also Bäume, die mit höheren Temperaturen und längerer Trockenheit besser zurechtkommen. Als Beispiel für besser angepasste Bäume nennt er die ungarische Eiche und die Silberlinde, die es nachweislich schafft, sich aktiv zu kühlen. Weitere Themen sind der Ausbau der grünen Lunge Bruck, Erstellen von Blühflächen und die Aktion "Kinder bepflanzen Bruck". Im Bereich der Baumpflege wird seit kurzem stark auf Digitalisierung gesetzt, die viele Vorteile bringt. Auch die Ausbildung von Fachkräften ist ein Thema, dem sich Herr Zeh stärker annehmen möchte als dies bisher geschehen ist.</p> <p>Frau STRin Weinberg regt an, die Geranien am Rathaus im Rahmen der Aktion "Kinder bepflanzen Bruck" gegen insektenfreundlichere Pflanzen zu tauschen. Herr Zeh teilt mit, dass dies für das Jahr 2020 noch nicht vorgesehen ist.</p> <p>Weiterhin spricht Frau STRin Weinberg an, dass die Kommunikation zwischen dem städtischen Hoch- und Tiefbau und der Stadtgärtnerei verbessert werden könnte. Herr Zeh teilt mit, dass er zusammen mit dem Hoch- und Tiefbau an einer</p>

Verbesserung der Kommunikation arbeitet.

Als weiteren Punkt regt Frau STRin Weinberg an, dass sich der Parkplatz bei der Amperoase als Blühfläche anbieten würde. Herr Zeh teilt mit, dass dieser Standort noch nicht angegangen wurde und dafür teilweise ein Bodenaustausch erforderlich sei.

Herr Höckenreiner spricht sich gegen einen Bodenaustausch für Blühflächen aus, da dies sehr energie- und ressourcenintensiv sei, zudem bestünde die Gefahr, dass der abgetragene Oberboden (der dann zunächst als Abfall einzustufen sei) mangels Verwertungsmöglichkeit in Deponien oder Kiesgruben abgelagert werden müsste. Besser wäre es daher Blühflächen nur auf Flächen anzulegen, bei denen der Boden von vorneherein dafür geeignet ist. Herr Zeh teilt hierzu mit, dass einige stark gedüngte Flächen (Straßengrün) jahrelang abgemagert werden müssten, wenn man von einem Bodenaustausch absieht. Es werden jedoch auch geeignete Standorte gesucht. Herr Höckenreiner regt weiterhin an, Schilder an Blühflächen aufzustellen, die darauf hinweisen, dass es sich keineswegs um ungepflegte Flächen, sondern um Blühflächen handelt. Die bienenfreundliche Gemeinde Holzkirchen habe damit sehr gute Erfahrungen gesammelt und die Akzeptanz für solche Flächen steigern können.

Frau STRin Zierl regt an, die Amperdämme in das Blühflächenkonzept mit einzubeziehen.

Herr Brückner (Verkehrsforum, BUND) ist der Ansicht, dass Blühstreifen am Fahrbahnrand problematisch für Insekten sein können und fragt an, ob auch Blühstreifen abseits von Straßen geplant sind. Herr Zeh teilt mit, dass dies vorgesehen sei (z. B. GS Mitte). Weiterhin informiert er darüber, dass es Untersuchungen zu Blühflächen auf Mittelstreifen von Bundesautobahnen gäbe, die zeigen dass solche Standorte wohl doch nicht ganz so problematisch für Insekten seien.

Herr Rauh fragt an, ob die Verwendung von nicht-standorttypischen Bäumen wie der ungarischen Eiche problematisch für die heimische Fauna sei. Herr Zeh teilt mit, dass es diesbezüglich Untersuchungen gäbe, die zeigen, dass dies im Fall der ungarischen Eiche unproblematisch sei.

Frau STRin Zierl regt an, dass wenn die Stadt Blühsamenmischungen kaufe, diese auch der Bevölkerung zu verkaufen. Herr Zeh teilt mit, dass er die Mischungen erst testen möchte. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre dies dann eine Überlegung wert.

Herr Tscharke fragt an, ob es möglich sei, dass Bürger der Stadt Patenschaften für einzelne Blühflächen übernehmen. Herr Zeh teilt mit, dass dies in der Zuständigkeit des Sachgebietes 41 (Stadt- und Landschaftsplanung) liege. Herr von Nolting weist darauf hin,

	<p>dass der Umweltbeirat bereits von mehreren Bürgern zu diesem Thema angefragt wurde.</p> <p>Auf Nachfrage von Herrn Tscharke teilt Herr Zeh mit, das er auch Ansprechpartner für die Bürger zum Thema städtisches Grün sei.</p>
<p><b>TOP 2 Baumschutzmanagement in Fürstenfeldbruck</b></p>	<p>Herr Tscharke leitet das Thema anhand aktueller Entwicklungen in Fürstenfeldbruck ein (Anträge verschiedener Fraktionen, Positionspapier für mehr Klimaschutz des Umweltbeirates).</p> <p>Frau Arndt berichtet in ihrem Vortrag zunächst über einen Fachartikel, in dem die Ergebnisse einer Befragung vieler Kommunen zum Thema Baumschutzverordnung dargestellt und ausgewertet wurden. <u>Der Artikel wird auch auf der Internetseite des Umweltbeirates eingestellt.</u> Frau Arndt weist darauf hin, dass Bäume essentiell seien, aber auch Kosten verursachen. Werden Bäume an geeignetem Standort, mit ausreichendem Kronen- und Wurzelraum und fachgerechter Arten- und Sortenwahl fachgerecht gepflanzt und gepflegt, minimiert sich der weitere (lebenslange) Pflegeaufwand und der Baum hat die größte Chance, sich artgerecht zu entwickeln. Frau Arndt informiert darüber, dass aufgrund des Klimawandels zukünftig verstärkt nicht-einheimische Arten gepflanzt werden müssen, die mit den Folgen von höheren Temperaturen und längerer Trockenheit besser zurechtkommen. Schlussfolgerungen des o. g. Artikels sind, dass eine Baumschutzverordnung einen Aufwand von etwa 1 h/Monat/1.000 Einwohner verursache und das eine Verordnung meist zu einem besseren Baumschutz beigetragen hatte. Wichtig sei, dass die Kommunen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Neben einer Baumschutzverordnung könne besserer Baumschutz möglicherweise auch durch ein "Belohnungssystem" für Baumbesitzer erreicht werden. Vielleicht könne man auch beide Wege gehen im Sinne eines Förderns und Forderns.</p> <p>Herr von Nolting teilt mit, dass er der Ansicht sei, dass auch die Aufstellung und Ausgestaltung von Bebauungsplänen ein wichtiger Baustein für mehr Baumschutz sind. Auch sieht er die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplanes als dringend erforderlich.</p> <p>Frau STRin Zierl erläutert, dass es in Fürstenfeldbruck große Bereiche ohne Bebauungsplan gebe. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Grundstücke vorab einer Bebauung komplett kahl geschlagen werden. Als weiteren Baustein für einen besseren Baumschutz nennt sie die in Arbeit befindliche Freiflächengestaltungssatzung.</p> <p>Herr Höckenreiner teilt mit, das vielen Bürgern gar nicht klar ist,</p>

	<p>dass eine Baumschutzverordnung schwächer als das Baurecht ist. Eine Baumschutzverordnung kann kein Baurecht kippen. Dies müsste vorab intensiv kommuniziert werden, dann sei auch die Gefahr geringer, dass einzelne Bürger aufgrund falscher Annahmen vorab des Inkrafttretens einer Baumschutzverordnung verstärkt Bäume fällen.</p>
<p><b>TOP 3</b> <b>Neue Gesetzeslage zur Artenvielfalt, Versöhnungsgesetz</b></p>	<p>Frau Arndt gibt eine kurze Zusammenfassung der im sog. Versöhnungsgesetz getroffenen Vereinbarungen für einen besseren Artenschutz. Das Versöhnungsgesetz wurde durch den Freistaat Bayern am 24.07.2019 bekannt gemacht. Es entstand aufgrund des bayerischen Volksbegehrens für mehr Artenvielfalt. Wesentliche Inhalte: Im Außenbereich sollen Biotopverbunde verbessert werden, insbesondere an Gewässerstreifen. Ökologisch hochwertige Lebensräume sowie Allees und Dauergrünland sollen besser geschützt werden. Der ökologische Anbau soll ausgeweitet und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln deutlich reduziert werden. Im Siedlungsbereich sollen ebenfalls Maßnahmen für mehr Arten- und Umweltschutz umgesetzt werden. Der staatliche Bereich will hierzu mehr Blüh- und Grünflächen einrichten, was auch als Vorbildfunktion auf die Kommunen ausstrahlen soll. Weitere Punkte sind weniger Lichtverschmutzung, umweltfreundlicheres Verhalten in der Verwaltung, Umweltbildung, klimaneutrale Verwaltung und - besonders hervorzuheben - Einrichten einer Biodiversitätsberatung an den Unteren Naturschutzbehörden. Diese Beratungsstelle soll insbesondere die Gemeindeverwaltungen fachlich unterstützen.</p> <p>Herr von Nolting informiert darüber, dass von der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Fürstenfeldbruck eine entsprechende Stelle bei der Regierung von Oberbayern angefordert wurde, es aber unklar ist, bis wann die Biodiversitätsberatung eingerichtet werden kann.</p>
<p><b>TOP 4</b> <b>Vermüllung im Stadtgebiet - Kugelfang u.a.</b></p>	<p>Herr Tscharke berichtet über das Thema. Dieses wurde bereits mehrfach von Seiten des Umweltbeirates an die Stadtverwaltung und die Politik herangetragen. Zuletzt hatte Karl-Heinz Jansen eine umfangreiche Ausarbeitung mit Fotodokumentation erstellt, die dann an den Oberbürgermeister und die Fraktionen versendet wurde. Herr Tscharke zitiert aus einem Bericht aus dem Rathaus-Report, demzufolge das Thema nun verstärkt von Seiten der Verwaltung in Angriff genommen wurde. So wurden nun vermehrt rote Punkte auf abgemeldete Autos und auf Schrottautos geklebt. Herr Tscharke zeigt Fotos von abgestellten Schrottfahrzeugen und Müllablagerungen.</p>

Da in den Müllablagerungen auch Essensreste und Lebensmittelverpackungen zu sehen sind, informiert Herr von Nolting kurz über die Problematik der afrikanischen Schweinepest. Die Risikogebiete liegen hauptsächlich in Osteuropa, aber auch in Belgien. Es wird spekuliert darüber, dass der Fall in Belgien nicht von Tier zu Tier, sondern über Speisereste von osteuropäischen Fernfahrern übertragen worden sein könnte. Der Schweinepestvirus ist für Menschen nicht gefährlich, aber für Schweine hoch virulent. Den Ausführungen von Herrn von Nolting zufolge geht also von den illegalen Müllablagerungen ein Risiko für einen Schweinepestbefall aus. Die Maßnahmen, die im Falle des Auftretens eines befallenen Wildschweins erfolgen müssten, werden kurz geschildert und sind erheblich (z. B. keine landwirtschaftliche Nutzung mehr innerhalb einer 4 km-Zone). Herrn von Nolting zufolge ist es also alleine unter diesem Gesichtspunkt essentiell, das Müllproblem unter Kontrolle zu bringen.

Herr Tscharke übergibt mit der Frage, was von Seiten der Verwaltung unternommen werden kann bzw. unternommen wird das Wort an Frau Thron (Leiterin Sachgebiet Straßenverkehrsbehörde).

Frau Thron informiert ausführlich über die rechtlichen Probleme. Zum einen sei zwischen Schrottfahrzeugen und abgestellten Fahrzeugen ohne Zulassung zu unterscheiden, da es sich in einem Fall um eine Müllablagerung, im anderen Fall um eine unerlaubte Sondernutzung öffentlicher Flächen handele. Entsprechend liegt die Zuständigkeit beim Landratsamt oder bei der Stadtverwaltung. Sie berichtet über die Schwierigkeiten der Halterermittlung, diese werde nur durchgeführt, wenn ein Fahrzeug länger als eine Woche dort steht, da 80 % der Fahrzeuge nach einer Woche wieder fort sind. Steht das Fahrzeug länger, wird der ermittelte Halter angeschrieben, dann eine Ersatzvornahme mit Frist angedroht. Im Besten Fall dauere solch ein Verfahren 12 Wochen, erst dann kann ein Fahrzeug entfernt werden. Oft hat der ermittelte Halter das Fahrzeug bereits weiter verkauft, was die Sache weiter erschwert. Frau Thron informiert darüber, dass die die Stadtverwaltung das Thema seit November 2019 massiv angeht - bisher wurden etwa 100 rote Aufkleber auf Fahrzeugen angebracht. Auch die umliegenden KFZ-Betriebe wurden von der Stadtverwaltung angeschrieben und diesbezüglich sensibilisiert.

Herr Jansen merkt an, dass sich die Situation bzgl. der abgestellten Fahrzeuge etwas verbessert habe. Die Müllsituation hingegen bleibt wie gehabt, dies läge wohl auch an den unterschiedlichen Zuständigkeiten (Müll auf nicht-städtischem

	<p>Grundstück: Landratsamt). Die Hemmschwelle weiteren Müll abzulagern sei wohl gering, wenn das Gebiet an sich schon vermüllt sei, zudem sei es durchaus möglich, dass ein Teil des Mülls von den Gewerbebetrieben selbst stamme (z. B. Ablagerung mit ca. 70 Autoreifen).</p> <p>In der darauf folgenden intensiven Diskussion werden verschiedene Möglichkeiten die Probleme besser in den Griff zu bekommen angesprochen. Ein anwesender Inhaber einer Baufirma mit Sitz in der Hasenheide schildert die problematische Lage aus Sicht der Gewerbebetriebe. Als Hauptproblem stellt sich heraus, dass die Stadt betreffenden Fahrzeuge nicht abschleppen kann, da sie nicht über einen eigenen Verwahrungsplatz verfügt und sich bisher kein geeignetes Grundstück dafür gefunden habe.</p> <p>Frau Thron berichtet, dass es am 23.03.2020 zu einem großen Ortstermin mit Vertretern des Landratsamtes kommen wird. Herr Tscharke teilt mit, dass der Umweltbeirat die Stadt unterstützen will und an dem Ortstermin teilnehmen möchte. Frau Thron sichert zu, den Umweltbeirat zu dem Termin einzuladen. Herr Tscharke richtet einen Appell an die anwesende Presse die Stadt bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück für die KFZ-Verwahrung zu unterstützen.</p> <p>Als weiteres Beispiel für problematischen Müll referiert Herr Tscharke kurz über Zigarettenstummel, die aufgrund der darin enthaltenen Schadstoffe eine Gefahr für den Boden und das Grundwasser darstellen. In anderen Städten wurden entsprechend die Strafen für das wegwerfen von Zigarettenstummeln deutlich nach oben gesetzt. Frau Thron merkt an, dass die Umsetzung problematisch sei, da die Gemeinde bei Ordnungswidrigkeiten Personen nicht zwingen kann, die Personalien herauszugeben. Herr Tscharke ist der Ansicht, dass eine gesammelte Aktion über einen kurzen Zeitraum von etwa zwei Tagen sinnvoll sein könnte und die Polizei vorab über diese Aktion informiert werden sollte. Nichts zu machen wäre ein falsches Zeichen. Herr Höckenreiner merkt an, dass man versuchen könnte, das Problem zu reduzieren, indem man Taschenaschenbecher verteilt. Herr Tscharke teilt abschließend mit, dass der Umweltbeirat an dem Thema dranbleiben werde.</p> <p><i>Nachrichtliche Ergänzung: Das für den 23.03. geplante Treffen wurde auf den 18.03. 10 Uhr vorverlegt.</i></p>
<p><b>TOP 5 Bilanz des Umweltbeirates</b></p>	<p>Herr Tscharke informiert darüber, dass dies voraussichtlich die letzte öffentliche Sitzung des Umweltbeirates in der ersten Amtszeit sein werde. Er nennt einige Themenschwerpunkte, denen sich der Umweltbeirat angenommen hat und verweist auf den entsprechenden Artikel zur Bilanz des Umweltbeirates in der aktuellen Ausgabe des Rathaus Reports. Als Fazit zieht er einerseits, dass der Austausch mit den Parteien nicht in dem</p>

	<p>Maße stattgefunden habe, wie es sich der Umweltbeirat gewünscht hat. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung gestaltet sich mitunter als schwierig. Er appelliert an eine hoffentlich bessere Zusammenarbeit in der 2. Amtszeit. Andererseits habe sich die Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister im Lauf der Amtszeit stark verbessert. Lobende Worte gibt es für die Zusammenarbeit mit der Presse und der guten Berichterstattung.</p> <p>Frau STRin Zierl bedankt sich als zuständige Referentin mit lobenden Worten für die gute Arbeit des Umweltbeirates.</p> <p>Herr Tscharke beendet die Sitzung um 19:30.</p>
<b>TOP 6 Verschiedenes</b>	Aufgrund der vorgerückten Stunde wird dieser Top nicht mehr aufgerufen.
<b>Nächste Sitzung:</b>	Der Termin der nächsten öffentlichen Sitzung fällt voraussichtlich in die zweite Amtszeit des Umweltbeirates und wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Aufgestellt am 08.03./15.03.2020,  
revidiert am 23.03.2020

Gez. Georg Tscharke  
Vorsitzender

Gez. Martin Höckenreiner  
Schriftführer